

Pulsnitzer Wochenblatt

Samstags, Nr. 18. Tel.-Abz. Wochenblatt Pulsnitz Bezirksanzeiger

und Zeitung Postfach-Konto Dresden 2138. Gem.-Circ.-R. 146

Erscheint: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.
Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsanstaltungen hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Vierteljährlich M 10.50 bei freier Zustellung; bei Abholung vierteljährlich M 9.—; monatlich M 3.50, durch die Post M 10.50 —



Inserate sind bis vormittags 10 Uhr anzugeben. Die sechsmal gestaltete Beilage (Mofse's Zeitmesser 14) 130 Pfa., im Bezirke der Amtshauptmannschaft 100 Pfg., Amtliche Beile M 2.90, und M 3.00 — Reklame M 2.50. Bei Wiederholung Rabatt. — Zeitrauben der und tabellarischer Sach mit 25 % Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der voll. Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlaß in Anrechnung. —

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz.

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsgemeinden des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Bollung, Großhohndorf, Drehrig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Wolfbach, Ober- und Niederlichtenau, Friebersdorf, Lhiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein = Dittmannsdorf.

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Bisnardplatz Nr 265.

Druck und Verlag von E. R. Försters Erben (Fab. J. B. Mohr).

Schriftleiter: J. B. Mohr in Pulsnitz.

Nummer 119.

Dienstag, den 4. Oktober 1921.

73. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Mit Genehmigung des Ministeriums des Innern ist unterm 1. Juli 1921 die Landgemeinde Bollung durch deren Aufnahme in die Landgemeinde Pulsnitz M. S. mit dieser vereinigt worden.

Mit dem Tode der Vereinigung treten die Ortsgerichte, Regulative, polizeilichen und sonstigen örtlichen Verordnungen der Gemeinde Pulsnitz M. S. für die vereinigten Gemeinden in Kraft, während die der Gemeinde Bollung ihre Gültigkeit verlieren.

Amtshauptmannschaft Ramenz, am 1. Oktober 1921.

Nährmittelabgabe.

Von Donnerstag, den 6. Oktober d. J. ab werden durch die Kleinändler des Bezirks auf Abschnitt 99 der Kindernährmittelkarte und auf Abschnitt 36 der Altersnährmittelkarte

je 2 Pfund Weizengrieß

zum Preise von 3,80 M (1 Pfund 1,90 M) auszugeben. Euten sind mitzubringen.

Amtshauptmannschaft Ramenz, am 1. Oktober 1921.

Auf Blatt 63 des hiesigen Handelsregisters, die Firma J. G. Gebler junior & Söhne in Großhohndorf betreffend, ist heute eingetragen worden: Friedrich Robert Gebler ist ausgeschieden.

Der Geschäftsführer Robert Max Ziegenbalg in Großhohndorf ist Inhaber.

Amtsgericht Pulsnitz, am 30. September 1921.

Bekanntmachung.

Die amerikanische Kinderhilfsmission (American Friends Service Committee) wird freundlicher Weise auch in unserer Stadt eine Kinderfütterung veranstalten. Diese findet in der Zeit vom 17. Oktober dieses Jahres für 110 Kinder auf 6 Monate in der Stadtschule

Natt. Für die Auswahl der Kinder zu dieser Fütterung findet in den nächsten Tagen eine Musterung bezw. Untersuchung aller Kinder durch den hiesigen Schularzt Herrn Dr. med. Schloffer statt. Es wird sich empfehlen, daß Eltern von Kindern, die früher, insbesondere im letzten halben Jahre an ernsthaften langandauernden Gesundheitsstörungen gelitten haben, darüber baldigst nähere Angaben an die betr. Klassenlehrer gelangen lassen. Im übrigen erfolgt die ganze Veranstaltung streng nach den gegebenen Richtlinien der obigen Gesellschaft (Quäkerspessungen).

Pulsnitz, den 3. Oktober 1921.

Der Stadtrat. — Wohlfahrtspflegeamt.
Stadtrat Beyer, Vors.

Darlehn an Minderbemittelte für Kartoffelbezug.

Hiesige Einwohner, welche nicht in der Lage sind, aus eigenen Mitteln ihren Kartoffelbedarf einzudecken, können aus öffentlichen Mitteln Darlehn erhalten.

Gefuche sind schriftlich an den unterzeichneten Stadtrat einzureichen, und werden von einem hierzu bestimmten Ausschuss auf ihre Richtigkeit und Bedürftigkeit vorher geprüft werden.

Pulsnitz, den 4. Oktober 1921.

Der Stadtrat.

Anserate für alle Zeitungen

vermittelt vollständig kostenlos

Verlag des „Pulsnitzer Wochenblattes“.

Das Wichtigste.

Der ehemalige König von Württemberg ist gestorben.

Die Kosten der Reparationskommission sind dergestalt, daß Deutschland für ihre Bedürfnisse (Reisepesen und Gehälter) monatlich 5 Millionen Franken bei einer französischen Bank einzahlen muß.

Der amerikanische Senat hat einstimmig beschlossen, daß die Abstimmung über die Ratifizierung der Friedensverträge mit Deutschland, Österreich und Ungarn am 14. Oktober stattfinden soll.

5500 Angehörige des Hafens von New York sind in den Ausland getreten, weil sie die neuen Abhne nicht annehmen wollten.

Die Verwaltung der Stadt New York bereitet dem Dampfer „Bayern“, dem ersten Schiff, das nach dem Kriege mit der Fahne der Republik im New Yorker Hafen einläuft, einen feierlichen Empfang.

Ein Deutscher Tag wird vom 14. bis 17. Oktober 1921 in Detmold stattfinden. Verbunden ist er mit dem 2. Vertretertag des Deutsch-völkischen Schutz- und Trutzbundes.

Unter dem Jubel der Bevölkerung wurde das zum geraubten Kreise Cupen-Malmby gehörige Dorf Losheim, das Deutschland wieder zugesprochen war, der deutschen Verwaltung übergeben.

Die amerikanischen Besatzungstruppen dürften noch in der ersten Hälfte des Oktober zurückgezogen werden.

Unter dem Vorsitz des französischen pazifistischen Dichters Henri Barbusse wurde in Wien der zweite Internationale Kongress der Kriegsgespr aller Länder eröffnet.

Die Völkerbundversammlung hat eine Entschließung angenommen, die die Notwendigkeit einer Hilfsaktion für Rußland betont, aber auf eine eigene Aktion verzichtet.

Wie man an gutunterrichteter Stelle berichtet, gibt der Völkerbundrat die Entscheidung in der oberstschleischen Frage am Sonnabend, spätestens Sonntag bekannt.

Seid einig.

Wenn man die Zeitungsberichte über die jüngsten Reichstagskämpfe als objektiver Beobachter auf sich einwirken läßt, dann kann man als ehrlicher Mensch nur das eine sagen, die von den Parteien vorgeführten Redner haben als einseitige Vertreter ihres ausgesprochenen Parteistandpunktes wirkungslos an einander vorbeigeredet. Jeder Mann im Vaterlande muß nach dem Geschehen die niederdrückende Empfindung haben, daß zum schweren Nachteil Deutschlands alle diejenigen, die einander zum Besten des Vaterlandes in ernsthafter, dem Wohle des Ganzen dienenden Arbeit helfen möchten, sich einfach nicht verstehen. Das Schlimmste daran bleibt, daß jeder einzelne seinen ganz individuell gefundenen und begründeten Standpunkt für den einzig richtigen hält, und uns alle aus der grauenhaften Tiefe des gegenwärtigen unerbittlichen Lebens mit einiger Aussicht auf Erfolg emporzuheben. Das Ziel ist bei allen dasselbe, nur über den Weg, den man einschlagen hätte, ist man sich nicht einig. Bedauerlich, daß bei dieser Uneinigkeit, von der die Allgemeinheit am schwersten betroffen wird, kleinliche Parteirückgriffe auf allen Seiten maßgebend zu sein scheinen.

Trotz alledem besteht bei allen Parteien der unverkennbare Wunsch, zur wirtschaftlichen Befriedung der Allgemeinheit nach besten Kräften beizutragen. Die Tatsachen sprechen ja auch eine allzu dringliche Sprache. Politische Bedenken müssen heute un-

dingt hinter der dringlichen Aufgabe zurücktreten, allen deutschen Volksgenossen zum mindesten wirtschaftlich ein erträgliches Dasein zu garantieren. Nicht einmal die politisch gemeinlich überhöhten Unabhängigen haben sich der Notwendigkeit einer derartigen Einstellung verschließen können. Nur aus diesem Grunde scheinen sie sich ungeachtet aller politischen Bedenken dazu entschlossen zu haben, dem Gedanken eines Eintritts in die auf verbreiteter Grundlage zu schaffende Koalition näher zu treten.

Das „Berliner Tageblatt“ schreibt zu dieser wichtigen Frage: „Zur Stunde sind die unabhängigen Sozialdemokraten zu einer Fraktionslösung veranlaßt. Beim rechten Flügel besteht eine gewisse Neigung, mit dem Zentrum, der Demokratie und der Sozialdemokratie zusammenzugehen, wenn gewisse Bedingungen erfüllt werden würden.“ Wahrscheinlich wird die Aktion der Sozialdemokratie zunächst zu einem Schriftwechsel zwischen beiden Parteien führen; aus der ganzen Stellungnahme der Unabhängigen läßt sich indessen schon heute der Schluß ziehen, daß auch diese, im allgemeine grundsätzlich stänkernde Partei allgemach von der Ueberzeugung durchdrungen wird, daß unter den gegebenen Umständen völkische Einigkeit im Interesse jedes Einzelnen ungleich höher zu bewerten ist, als von vornherein zur Unfruchtbarkeit verurteilte Eigenbrödelei. Und man möchte von Herzen wünschen, daß dieser vernünftige Geist in immer weitere Kreise unseres schwergeprüften Volkes seinen versöhnenden Einzug halten möge.

Vertliche und sächsische Angelegenheiten.

Pulsnitz. (Röthig-Kirchenkonzert am 5. Oktober.) Das Programm des Kirchenkonzertes steht unter der einheitlichen Ueberschrift „Das geistliche Volkslied.“ Zwölf jener unsterblichen Melodien, die man singen wird, solange es Christen auf Erden gibt, sind in fein abgeleiteter Weise zusammengestellt, wieder aus dem 12. bis 18. Jahrhundert. Sie werden in ihrer Schlichtheit und Tiefe zugleich, vom Röthig-Quartett gesungen, zu einer Offenbarung einer höheren religiösen Welt Eine Feierstunde seltenster Art steht der Pulsnitzer Gemeinde bevor!

Pulsnitz. (Verein für Volkshilf.) Freitag, den 7. Oktober, 8—10 Uhr, Zimmer 17, Stadtschule, 2. Stock, Pfarrer Menck-Dresden: Die Religion des modernen Arbeiters“ aus seinen Dichtungen.

— (Strenger Winter in Sicht?) Wetterkundige glauben voraussetzen zu können, daß der kommende Winter der kälteste seit 100 Jahren wird. Oktober und November werden noch, abgesehen von kalten Nächten, vorwiegend trocken und angenehm sein, doch wird es viel Nebel geben. Die Kälte setzt erst im Dezember ein und wird aber dann mit wenig kleinen Unterbrechungen bis zum Frühjahr anhalten.

— (Wetterbericht) Das Hochdruckgebiet hat sich mehr nach dem Osten bezw. Südosten des Erdteils verlagert, es beherrscht aber noch die Witterung in Deutschland, wo es meistens heiter und trocken

ist mit sehr kühlen Nächten, aber milden Tages-temperaturen. Die teilweise Reifbildung dauerte auch weiter fort. Vom Ozean zieher in weiter Ausdehnung Depressionen heran, die eine allmähliche Wetteränderung in Aussicht stellen. Es dürfte nun also bald etwas Regen zu erwarten sein und später die Regenfälle zunehmen.

— (Brandstiftungen.) Die gereizte Stimmung gegen diesen oder jenen Landwirt sucht sich nicht selten dadurch Luft zu schaffen, daß man ihm, wie der Volksmund sagt, „den roten Hahn auf das Dach setzt“, wozu man sich in der Regel Feiner, Feldschenen und dergleichen Gebäude, die weniger gut bewacht sind, ausnutzt. So verabscheuenswürdig und strafbar solche Gewalttat schon an sich ist, erreicht der Brandstifter, der den Landwirt schädigen will, damit nicht einmal seinen Zweck, denn der sorgsame Landwirt hat sich gegen Brandschaden verriegelt und braucht sich daher über den Brand nicht aufzuregen. Der Volkernährung gehen aber durch jeden solchen Brand ungeheure Mengen an Nahrungsmitteln verloren und das Reich muß Millionen aufwenden, um die durch Brände vernichteten Getreidemengen im teuren Ausland wieder einzulösen. Der Brandstifter schädigt also das Volk, die Allgemeinheit, aber nicht den verfluchten Landwirt.

— (Landes-Lotterie-Lose erneuern!) Die Haupt- und Schlussziehung der Landeslotterie beginnt morgen, Mittwoch, den 5. Oktober.

— (Landwirtschaftliche Arbeiter dürfen nicht in die Industrie.) Es mehren sich die Klagen, daß landwirtschaftliche Arbeitskräfte der Landwirtschaft den Rücken kehren, um in gewerblichen Betrieben Arbeit zu übernehmen. Es sei deshalb darauf hingewiesen, daß die Verordnungen zur Behebung des Arbeitermangels in der Landwirtschaft vom 15. März und 28. Oktober 1919 (RStBl. S. 810 und 1838) immer noch in Geltung ist. Diese bestimmt: § 3. Arbeitgeber außerhalb der Land- und Forstwirtschaft dürfen bis zur Aufhebung dieser Verordnung Arbeitskräfte nicht einstellen, die bei Ausbruch des Krieges oder während desselben in der Land- und Forstwirtschaft tätig gewesen sind, es sei denn, daß sie für land- und forstwirtschaftliche Arbeiten nicht mehr tauglich sind. Ausnahmen können die Demobilmachungskommissionen aus Gründen des öffentlichen Wohles für die Arbeitskräfte ihres Bezirks bewilligen. § 6. Arbeitgeber, die in den §§ 1 und 3 dieser Verordnung zumiderhandeln, werden mit Geldstrafe bis zu 2000 M bestraft.

— (Steuerung der Not der Kleinrentner.) Der Verein der Klein- und Mittelrentner Sachsens schreibt dem Selunions-Sachsendienst, daß er auf seine Eingabe vom 28. August an die beiden sächsischen Landesfinanzämter wegen Milderung der Bestimmung des Reichsnotopfergesetzes für die Sicherheitsleistung bei bewilligten, zinslosen Stundungen vom Landesfinanzamt Dresden folgenden Bescheid

